

Diakonische Konferenz verabschiedet Erklärung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

Dresden, 13. Oktober 2016. Die Konferenz Diakonie und Entwicklung hat heute eine Erklärung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Integration von Flüchtlingen verabschiedet. Hier eine Zusammenfassung:

Erklärung der Konferenz Diakonie und Entwicklung

„Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der HERR, euer Gott.“ (3. Mose/ Lev 19,33f)

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt – in Deutschland, Europa und weltweit!

Dresden ist die Stadt, in der mit viel bürgerlichem Engagement die Frauenkirche wieder aufgebaut wurde als Symbol der Versöhnung nach den Verbrechen, die unter der Nazi-Herrschaft Millionen von Menschen zur Flucht zwangen. Vor diesem Hintergrund macht es uns besonders betroffen, dass diese Stadt von Neonazis und Pegida-Anhängern als Plattform für Rassismus und Ausgrenzung genutzt wird. Deshalb erinnern wir gerade hier daran, dass die Angehörigen des Volkes Gottes selber Fremde waren in Ägypten, und ermutigen dazu, Verständnis für die Not und die Bedürfnisse der Geflüchteten zu zeigen.

Kriege, Hunger, Armut, Gewalt, Klimakatastrophen, Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit haben ihren Ursprung nicht nur in den Ländern, aus denen Flüchtlinge kommen. Auch die Europäische Union und Deutschland sind Mitverursacher. Sie - und damit wir alle - sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen.

Damit Migration und Zusammenhalt gelingen, bleibt es wichtig,

- bestehende soziale Problemlagen in den Aufnahmegesellschaften weltweit von Anfang an mit den Blick zu nehmen,
- die Entwicklungszusammenarbeit mit Herkunftsländern von Flüchtlingen, ebenso wie mit deren Nachbar- und anderen Aufnahmeländern, zu verstärken und nicht an Konditionen und Maßnahmen zu knüpfen, die primär der Flüchtlingsabwehr statt der Entwicklung des Landes dienen,
- die Unterstützung für Flüchtlinge dort nicht auf eine reine Nothilfe zu beschränken und nachhaltig entwicklungsförderliche Konzepte mit dieser Hilfe zu verknüpfen,
- den Schutz der Geflüchteten in Europa als gemeinsame Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Integration ist immer mit Lern- und Veränderungsprozessen sowohl für die aufnehmende Gesellschaft als auch für die Aufgenommenen verbunden. Eine nachhaltige öffentliche Zustimmung hängt auch von einer umsichtigen Beachtung und Wahrung der sozialen Balance ab. Sie bedarf unterstützend eines öffentlichen und auf Ausgleich und Offenheit zielenden Dialogs. Integration kann nur gelingen, wenn Staat, Kirche und Zivilgesellschaft gemeinsam daran arbeiten. Dies gilt für die Länder, in denen die meisten Flüchtlinge Aufnahme finden, genauso wie für Europa und Deutschland.

Zu Unrecht werden die Flüchtlinge als Ursache schon lange bestehender innergesellschaftlicher Probleme verantwortlich gemacht. Aus dieser Zuschreibung speisen sich in vielen Ländern Abwehr und Gewalt, Hassreden, Rassismus und ausgrenzende, menschenfeindliche Ideologien. Dem treten Kirche und Diakonie gemeinsam mit allen Menschen guten Willens entschieden entgegen.

Entscheidend für gelingende Integration ist die lokale Ebene. Hier kommt es zu Begegnungen zwischen Menschen. Es braucht gemeinsam verbrachte Zeit, um Kulturen, Traditionen und Werte des anderen kennen und akzeptieren zu lernen. Insbesondere auf der kommunalen Ebene müssen daher Begegnungsräume und Dialogmöglichkeiten geschaffen und Unterstützungs- und Hilfsangebote gut koordiniert werden. Geflüchtete brauchen so schnell wie möglich einen sicheren

Aufenthaltsstatus, Zugang zu Sprachunterricht, Ausbildung und Arbeit. Auch der Ausbau und die Aufrechterhaltung eingehender und umfassender individueller Beratung, Ausbildungs- und Arbeitsförderung sind unabdingbar, wenn Desintegration und sozialer Unfriede vermieden werden sollen. Die Traumatisierung vieler Geflüchteter bedarf besonderer Aufmerksamkeit und gezielter Unterstützung bei der Bewältigung.

Alle Menschen besitzen nach christlicher Überzeugung die gleiche Würde. In dieser Überzeugung arbeiten Kirche und Diakonie weiterhin daran, dass Migration und Zusammenhalt gelingen. Hindernisse auf diesem Weg müssen überwunden werden. Wo aber gegen Andere gehetzt wird, wo Menschen bedroht und die Grundlagen rechtsstaatlicher Demokratie angegriffen werden, ist – wie es in einem offenen Brief sächsischer Theologinnen und Theologen aus dem Februar dieses Jahres heißt – ‚neutral bleiben keine Option für Christen‘. Diese Verantwortung hat die Konferenz für Diakonie und Entwicklung in Dresden bekräftigt.

Die komplette Erklärung finden Sie unter: <http://bfdw.de/yqnvk>

Die Konferenz Diakonie und Entwicklung ist das höchste beschlussfassende Gremium des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung. Die Diakonie Deutschland bildet gemeinsam mit Brot für die Welt - zu dem evangelischen Hilfswerk gehört auch die Diakonie Katastrophenhilfe - , das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung. Die Konferenz beschließt über allgemeine Grundsätze der diakonischen Arbeit sowie der Entwicklungsarbeit und der Humanitären Hilfe.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Renate Vacker, Pressesprecherin Brot für die Welt, mobil 0174 302 0158
<mailto:renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de>

Ute Burbach-Tasso, Pressesprecherin Diakonie Deutschland, mobil: 0173 254 97 24,
<mailto:ute.burbach-tasso@diakonie.de>

Diese Pressemitteilung wird von den Pressestellen von Brot für die Welt und Diakonie Deutschland verschickt. Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen.